N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

am 19.03.2025

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 00:10 Uhr

**Anwesend:** Bürgermeister Dr. Soltau

**Gemeinderatsmitglieder: 16** **Normalzahl: 18**

**Anwesend:**

Vera Ambros
Jens Deichmann
Timo Dolch
Adam Dürr
Johannes Ferber
Michael Gassler
Dr. Josef Göppert
Elvira Hornung
Siegfried Maier
Gerhard Mayer
Dr. Burkhard Schall
Steffen Schreiner
Philipp Wandel
Johannes Weber bis 23:10 Uhr
Gudrun Witte-Borst
Antje Wittmann bis 22:55 Uhr

**Beurlaubt:**

Susanne Bailer
Günter Brucklacher

**Außerdem anwesend:**
Herr Greiner
Frau Hahn
Frau Marinic
Herr Nill (Bauhofleiter)
Frau Schoser

Schriftführer: Herr Breisch

**Zur Beurkundung:**

Bürgermeister: Gemeinderatsmitglieder:

Schriftführer:

| **Gemeinde Kusterdingen** | |
|---|---|
| Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse<br><br>des<br>**Gemeinderates**<br><br>**- öffentlich -** | Verhandelt mit dem **GR** am **19.03.2025**<br><br>Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18<br><br>Beurlaubt: 2<br><br>Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Hahn Frau Marinic, Frau Schoser<br><br>Schriftführer Herr Breisch |

Der Vorsitzende stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

§ 1

**Einbringung, Beschluss und Verabschiedung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 samt Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung**

Zu Beginn stellt der Vorsitzende den zeitlichen Ablauf der heutigen Sitzung vor.

GRin Hornung sagt dazu, dass die FWV in diesem Jahr den anderen Fraktionen den Vortritt beim Halten der Haushaltsreden überlässt. Die FWV möchte ihre Haushaltsrede zum Abschluss halten. Weiter berichtet GRin Hornung, dass sie in Vertretung für den Vorsitzenden beim Obst- und Gartenbauverein war. Hier wurde der Gemeinde eine Ehrung für die 50-jährige Vereinsmitgliedschaft zuteil. Sie überreicht die Ehrenurkunde an den Vorsitzenden.

Der Vorsitzende freut sich über diese Ehrung der Gemeinde und hebt hervor, dass diese nicht in vielen Vereinen Mitglied ist.

Anschließend stellt Frau Hahn kurzfristige Anpassungen im Haushalt vor. Die Kosten für den Umbau des Mozartkindergartens reduzieren sich im Ergebnishaushalt um 20.000 € und im Finanzhaushalt um 70.000 €. Der Kommandowagen für die Feuerwehr wurde bereits beschafft, daher können die geplanten Mittel in Höhe von 42.000 € gestrichen werden. Für die Sanierung des Lärmschutzwalls Jettenburg konnte eine kostengünstigere Lösung gefunden werden, die Kosten reduzieren sich um 57.000 €. Die Maßnahme an der alten Burg in Jettenburg wurde bereits 2024 abgeschlossen, daher können die geplanten Mittel in Höhe von 20.000 € gestrichen werden. Auf Wunsch des Ortschaftsrats Wankheim werden Planungs-

mittel in Höhe von 15.000 € für die Straßensanierung Im Heckenwert in den Haushalt aufgenommen. Die Umrüstung auf LED-Beleuchtung in der Härtensporthalle (160.000 €) werden auf 2026 verschoben, damit man hierfür Fördergelder erhält.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man für die Installation der LED-Beleuchtung ein Innengerüst benötigt. Die Halle müsste dafür geschlossen werden. Er möchte die Maßnahme daher in den Sommerferien 2026 durchführen, wenn die Halle sowieso geschlossen ist. Eine dunkle Halle ist besser, als eine geschlossene Halle.

Anschließend stellt Frau Hahn die Anträge der Ortschaften vor. Die Ortschaften Immenhausen, Jettenburg, Mähringen und Wankheim beantragen jeweils Mittel in Höhe von 7.000 € für die Schaffung von halbanonymen Gräberfeldern in den jeweiligen Friedhöfen. Der Ortschaftsrat Mähringen beantragt Mittel in Höhe von 20.000 € für die Sanierung des Parkplatzes am TSV-Gelände Reinenberg. Über die Anträge wird erst nach den Haushaltsreden Beschluss gefasst.

Der Vorsitzende hält nun seine Haushaltsrede: „Liebe Mitglieder des Gemeinderats, die gute Nachricht vorneweg: Nachdem der Haushalt 2023 am 12. Juli 2023 beschlossen wurde, der Haushalt 2024 am 30. April 2024, legen wir Ihnen nun den Haushalt 2025 schon im März vor – wir nähern uns immer weiter dem erwünschten Zustand an, dass der Haushalt zu Jahresbeginn eines Jahres (oder sogar noch im Vorjahr) von Ihnen beschlossen wird. Diese Beschleunigung gegenüber den Vorjahren trotz weiter vorhandener Unterbesetzung in der Kämmerei nebst Personalverwaltung war nur möglich, weil unsere Kämmerin Frau Hahn sich extrem eingesetzt hat – auch an den Wochenenden und auch in ihren Urlauben. Inhaltlich gibt es leider keine so guten Nachrichten. Aktuell müssen wir 2025 mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 3,3 Mio. Euro rechnen. Einschließlich der Abschreibungen wohlgemerkt, die ja nicht zahlungswirksam sind. Ohne diese ist es ein Minus von rund 1,4 Mio. Euro – schlimm genug. Unter anderem haben unsere beiden Großprojekte Neubau Feuerwehr und Kindergarten hier ihren Anteil, welche auch Folgeaufwendungen wie beispielsweise die Abschreibungen und neue Wartungsverträge mit sich bringen. Dadurch haben wir künftige jährliche Mehraufwendungen in Höhe von ungefähr 400.000 Euro. Ferner ist unsere Kreisumlage geradezu explodiert. Im Jahr 2023 lag sie noch bei 3,6 Mio., 2024 waren es schon 4,5 Mio. und für dieses Jahr beträgt sie rund 4,9 Mio. Euro. Eine Steigerung von 1,3 Mio. Euro innerhalb von zwei Jahren! Das allein erklärt schon vollauf unser eben genanntes Minus im Ergebnishaushalt. Ich meine das wohlgemerkt nicht als Kritik an der Kreisverwaltung oder am

Kreistag. Dort hat man sich gerade beim aktuellen Kreishaushalt redlich bemüht, die Lasten gerecht zwischen dem Kreis und seinen Kommunen zu verteilen. Das Problem sind hauptsächlich gesetzliche Standards im Sozial- und Jugendbereich, die vom Kreis umzusetzen sind und die den Kreis und seine Städte und Gemeinde finanziell zu erdrosseln drohen. Wenn hier auf Bundesebene nicht gegengesteuert wird, geht die gesamte kommunale Familie schweren Zeiten entgegen. Zu den Einnahmen: Der Einkommenssteueranteil ist der größte Ertrag für die Gemeinde Kusterdingen. In den nächsten Jahren wird hier der Anteil nach wie vor steigen, unter anderem aufgrund der Tarifabschlüsse und der damit steigenden Einkommen. Im laufenden Haushalt haben wir hier 7,4 Mio. Euro eingeplant. Im Vorjahr waren es 6,6 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen sind nach dem Einkommenssteueranteil die zweitwichtigsten Erträge der Gemeinde. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Zuweisungen leicht aufgrund des guten Gewerbesteuerjahres 2023. Wir gehen von 5.440.000 Euro in 2025 aus, nach 5.480.000 Euro im Vorjahr. Zuweisungen für laufende Zwecke insbesondere aus dem Familienleistungsausgleich und der Lastenausgleich für unsere Kindertageseinrichtungen machen zusammen rd. 2,6 Mio. Euro aus. Ferner hat die Gemeinde noch einige Förderungen für laufende Zwecke beantragt, die teilweise schon bewilligt wurden, wie beispielsweise der Zuschuss für die Biotopverbundplanung (insgesamt 86.000 Euro) oder für die Wärmeplanung (87.000 Euro). Förderungen, welche wir beantragt haben, aber ohne Garantie, sind noch nicht eingeplant und wären nach einer Bewilligung außerplanmäßige Erträge. Ferner wurde der Antrag der Gemeinde für das Städtebauliche Förderprogramm „Lebendige Zentren“ bewilligt mit einer Förderung in Höhe von 1,8 Mio. Euro bis zum Jahr 2033 für das Gebiet Kusterdingen Nord. Auch hierfür musste die Gemeinde entsprechende Gegenfinanzierung einplanen, in 2025 sind hier Aufwendungen iHv. 60.000 Euro und Erträge iHv. 30.000 Euro eingeplant. Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen: Darunter fallen unsere Gebühren für die Benutzung unserer Einrichtungen. Sie betragen zusammen 2,3 Mio. Euro. Der größte Anteil mit 1,2 Mio. Euro sind unsere Abwassergebühren. Auf die Kindertageseinrichtungen entfallen 612.000 Euro. Die Erhöhung der Gebühren durch Gemeinderatsbeschluss analog der Empfehlung des Städte- und Gemeindetags ist hier bereits berücksichtigt. Auf die Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen entfallen rd. 265.000 Euro. Die Bestattungs- und Grabnutzungsgebühren sind mit 135.000 Euro berücksichtigt. Bei den Bestattungs- und Grabnutzungsgebühren ist eine Neukalkulation geplant. Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte: Hierunter fallen unsere Mieten und Pachten mit 370.000 Euro sowie unsere Entgelte für die Schulkindbetreuung (158.000 Euro), Erlöse aus Holzverkäufen (167.000 Euro) u.ä. Sie betragen voraussichtlich insgesamt ca. 1.975.000 Euro. Bei den Schulkindgebühren ist wie bei den Kindergartengebühren die bereits

beschlossene Erhöhung der Gebühren berücksichtigt. Transferaufwendungen: Die Transferaufwendungen, welche sich überwiegend aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke zusammensetzen, belaufen sich auf eine Gesamtsumme von 12,2 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr steigen sie um knapp 0,7 Mio. Euro an, was primär an der genannten Erhöhung der Kreisumlage liegt. Die bedeutendsten Aufwendungen bilden die FAG-Umlage mit ca. 3.300.000 und die Kreisumlage mit ungefähr 4.900.000 Euro. Hinzu kommen noch die Betriebskostenzuschüsse an die kirchlichen und freien Träger für die Kindertageseinrichtungen mit zusammen 2.560.000 Euro. Die Umlagen an den Abwasserverband Unteres Echaztal-Härten und die Stadt Tübingen für die Kläranlage betragen 780.000 Euro. Personal- und Versorgungsaufwendungen: Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stellen nach den Transferaufwendungen den mit Abstand größten Kostenblock im Haushalt dar. Die Personalausgaben liegen 2025 im Planansatz um ca. 600.000 Euro höher als im Vorjahr. Ausschlaggebend für diese Steigerung sind unter anderem die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Wir haben eine Erhöhung von 4,5 % eingeplant. Die Gemeinde Kusterdingen benötigt seit Jahren Zeitarbeitskräfte, um den Betrieb in den Kindergärten aufrechtzuerhalten und die Öffnungszeiten nicht einzuschränken. Diese sind zwar kurzfristig einsetzbar, allerdings wesentlich teurer als eigenes Personal. Im Durchschnitt muss bei einer 39 Stunden-Zeitarbeitskraft mit Kosten pro Woche in Höhe von 2.000 Euro brutto gerechnet werden. Der Gemeinderat ist in seiner Novembersitzung 2022 einen wichtigen Schritt Richtung Mitarbeitergewinnung und -bindung gegangen und hat die Einführung der Sparkassen-Kommunalrente mit einem Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 15 % auf den eigenen Sparbeitrag zum 1. Mai 2023 beschlossen. Die Aufwendungen hierfür betragen monatlich knapp 5.500 Euro, gegenzurechnen ist der Mitarbeiteranteil in Höhe von 4.600 Euro. Zudem hat die Gemeinde Kusterdingen ab 1. Juni 2023 eine Krankenzusatzversicherung eingeführt für alle Mitarbeiter. Die monatlichen Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 8.000 Euro. Ferner haben wir 2024 das Bewerberportal „Check-In“ eingeführt, um die Reichweite zu erhöhen und um Bewerbungen einfach bearbeiten zu können. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: Für Sach- und Dienstleistungen sind 2025 insgesamt knapp 6,5 Mio. Euro eingeplant. Den größten Kostenanteil haben hier die Unterhaltungsaufwendungen mit 2.815.500 Euro. Neben den jährlichen Unterhaltungsmaßnahmen für die gemeindlichen Objekte sind hier folgende Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich der Abwasserbeseitigung geplant: 60.000 Euro für die Schachtabdeckungen, 120.000 Euro für die Unterhaltung der Kanäle inkl. Rattenbekämpfung und Sinkkastenreinigung, 182.000 Euro für die Kanalbefahrung gem. Eigenkontrollverordnung in Kusterdingen. Für die Unterhaltung der Gemeindestraßen setzen wir 350.000 Euro an,

Vorjahr: 410.000 Euro. Für den Umbau des Mozartkindergartens zur Krippe sind 2025 Aufwendungen in Höhe von 180.000 Euro geplant. Die Umrüstung der Beleuchtung auf LED in der Härtensporthalle war mit 160.000 Euro eingeplant. Hier gibt es aber eine Änderung: Wir haben vor wenigen Tagen die Nachricht erhalten, dass unser Fördermittelantrag erst im Herbst bearbeitet werden wird. Das müssen wir natürlich abwarten, sodass wir die Maßnahme auf nächstes Jahr verschieben müssen. In der Astrid-Lindgren-Schule ist die Sanierung der Schülertoiletten im 1. OG im Nordbau für 100.000 Euro geplant. Bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens spielen 2025, aber auch mittelfristig, die Heizungserneuerungen eine Rolle. Diese können nicht als Investition verbucht werden, da es sich hierbei um keine wertverbessernde Maßnahme handelt. 2025 haben wir uns das Kinderhaus Pusteblume, den Hülbe-Kindergarten und das Jugend- und Vereinshaus Mähringen vorgenommen. Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen: Bei einem Planansatz von 1,4 Mio. Euro macht hier die Betriebskostenumlage für den Zweckverband Härdten-Wasserversorgungsgruppe mit einem Ansatz von 350.000 Euro den größten Teil aus. Für die Sophienpflege, also für die Schulsozialarbeit und für den Ersatz unseres Jugendreferenten, sind hier ebenfalls 170.000 Euro eingeplant. Die Umlage an die Bodenseewasserversorgung schlägt ebenfalls mit 170.000 Euro zu Buche. Für die Mittagessen in den Einrichtungen sind 130.000 Euro eingeplant. Hiervon geht natürlich der Kostenersatz durch die Elternbeiträge ab. Der Betriebsstrom ist mit 80.000 Euro berücksichtigt für unsere Ampelanlagen und Straßenbeleuchtung. Investitionsprogramm 2025: 2025 können wir nun unsere beiden Großprojekte Neubau Feuerwehrhaus mit einer Schlussrate von 2,5 Mio. Euro und das Kinderhaus Kunterbunt mit 0,1 Mio. Euro schlussrechnen. Die Förderung des Kinderhauses aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 480.000 Euro wird dieses Jahr eingehen. Nach Abrechnung des Feuerwehrhauses werden dann ebenfalls die Fördermittel abgerufen. Wir bekommen 365.000 Euro aus dem Feuerwehrwesen und 200.000 Euro aus dem Ausgleichstock. Zudem gibt es eine KfW-Förderung für die besonders gute energetische Bauweise in Höhe von 336.000 Euro. Für die Erweiterung der Härtenschule haben wir für 2025 nur eine kleine Planungsrate eingestellt. Wir sind zwar zuversichtlich, dass wir die hohe Förderung von 70 % bekommen werden, aber es ist ja noch ungewiss, wann das sein wird. Die Gemeinde verfügt nur noch über wenige Wohnbauplätze und über gar keine Gewerbebauplätze mehr. Hier wollen wir Abhilfe schaffen: Für die Erschließung des Gewerbegebiets „Löhlen Süd“ sind dieses Jahr 462.000 Euro vorgesehen, für den zweiten und dritten Bauabschnitt des Wohngebiets „Südlich der Waldsiedlung“ sind es 2025: 653.600 und 2026: 2.623.200 Euro. Ein großer Brocken ist noch der neue kanal- und wassermäßige Anschluss der Härtenschule, schon mit Blick auf die Erweiterung: 921.150 € sind dafür ver-

anschlagt. Für den Bauhof sind Investitionen in Höhe von insgesamt 405.000 Euro eingeplant, darunter die Ersatzbeschaffung des Multicars, des Bauhofleiterfahrzeugs, eines Kastenwagens sowie ein Kleintraktor und ein Gabelstapler. Ferner ist bei der Feuerwehr die Umstellung auf Digitalfunkt dieses Jahr mit Kosten von 110.000 Euro geplant, diesen stehen Fördermittel iHv 15.000 Euro gegenüber. Im Rathaus Mähringen soll ein Bereich zur Feuerwehrumkleide umgebaut werden, hierfür entstehen Investitionskosten in Höhe von 42.000 Euro. Die Gemeinde wird auch ein Ersatzfahrzeug für ein Feuerwehrfahrzeug für die Abteilung Wankheim für 395.000 Euro bestellen. Hier liegt uns schon ein Zuwendungsbescheid in Höhe von 182.000 Euro vor. Da die Bestellung dieses Jahr erfolgt, die Lieferung und Zahlung jedoch voraussichtlich erst 2027, müssen wir hier eine Verpflichtungsermächtigung beschließen. Der Mozartkindergarten wird für insgesamt ca. 180.000 Euro (inkl. Ausstattung) in eine Krippe umgebaut. Hier gibt es ja noch eine Änderung gegenüber dem letzten Ihnen bekannten Ansatz. Soweit die Vorstellung unseres Haushaltsentwurf für 2025."

GR Mayer hält die Haushaltsrede für die FDP: „Was soll man in diesen Zeiten in eine Haushaltsrede einbringen? Fast alle Gemeinden sind in Finanznöte geraten. Um jeden Cent wird gefeilscht. Es werden große und kleine Zahlen und Geldsummen hin und hergeschoben, dann entsteht Verwirrung durchrechnen, nachrechnen und korrigieren. Ohne Geld kann man nicht investieren, das ist klar. Andererseits scheint ja genug Geld da zu sein. 1100 Milliarden Euro. Für Rüstung, Verteidigung und Sicherheit. 500 Milliarden für Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Straßen, Kliniken usw. 500 Milliarden, sowie 100 Milliarden für das Klima, Natur, Landschaft, $CO_2$-Neutralität und andere grüne Politik in der Deutschland anscheinend alleine auf der Welt unterwegs ist. Aber im Augenblick ist die Gemeindekasse (noch oder wieder) leer, deshalb versuchen Verwaltung und Gemeinderat zu sparen wo es nur geht. Wo man meiner Meinung nach allerdings nicht sparen sollte, sind Bildungseinrichtungen und deren Personal. Ich denke dabei an Schulen und Kindergärten, speziell an die Härtenschule, die ja schon lange auf der Liste der noch zu verwirklichenden Träume steht. Und wenn dann auch noch die alte Turnhalle vergrößert werden kann für mehr Sport- und Trainingsplatz und für größere kulturelle Veranstaltungen. Ein Träumchen. Das wäre die richtige Investition in die Zukunft. Vielleicht fällt doch etwas von dem oben erwähnten riesigen Geldbatzen für die Mähringer und Gesamt-Kusterdinger ab. Wir können froh sein über jeden Handwerksbetrieb und über jede Firma, die in unserer schönen Gemeinde ansässig sind und mit ihren Mitarbeitern für eine gute Einnahme in Form der Gewerbesteuer zum guten Leben hier auf den Härten beitragen. Mein Vorschlag zum Einsparen von mindestens 40.000,--€ wäre, das Jugend- und Vereinsheim in Mähringen

statt mit einer teuren Pelletsheizung auszustatten, die einzelnen Räume mit (portablen?) Elektroheizungen zu bestücken und für warmes Wasser müsste ein Durchlauferhitzer sorgen. Jetzt können gerne Fachleute die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Das halte ich aus. Einen großen Schritt in die richtige Richtung tat die Gemeinde Kusterdingen mit dem Bau des Feuerwehrhauses. Bald wird es eingeweiht und wir haben Grund zum Feiern. Es geht weiter und wenn die Fußballer vom TSV Mähringen dieses Jahr in die nächsthöhere Klasse aufsteigen, dann ist alles bestens."

GR Deichmann hält die Haushaltsrede für die Fraktion CDU/Neue Liste/SPD: „Sehr geehrter Herr Dr. Soltau, lieber Gemeinderat Kusterdingen, sehr geehrte Damen und Herren, heute beraten wir den Haushalt in einer Zeit, in der die finanziellen Spielräume unserer Gemeinde äußerst begrenzt sind. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Selbst mit Einsparungen wird der Haushaltsausgleich äußerst schwer. Ebenso wie wir es von der Verwaltung erwarten, müssen auch wir als Gemeinderat bei den Haushaltsverhandlungen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Härtengemeinde sowie die der Zivilgesellschaft und des Gewerbes im Blick behalten. Bei den Zielkonflikten zwischen Einsparen, Investieren und Einnahmen gilt es, sorgfältig abzuwägen und die große Mehrheit nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist unsere Verantwortung als Gemeinderat, mit den vorhandenen Mitteln so umzugehen, dass die Pflichtaufgaben unserer Gemeinde bestmöglich erfüllt werden. Unser "Königsrecht" darf dabei jedoch nicht nur darin bestehen, Zahlen so lange zu kürzen, bis der Haushalt formal passt. Wir müssen wissen, wo Puffer eingeplant sind und ob diese in der aktuellen Situation noch gerechtfertigt sind. Dass gewisse Sicherheiten notwendig sind, um in unvorhergesehenen Situationen handlungsfähig zu bleiben, steht außer Frage. Dennoch muss es uns als Gemeinderat möglich sein, Schwerpunkte zu setzen, Prioritäten zu definieren und mitzuentscheiden, wo Puffer eingebaut werden. Aus diesem Grund haben wir uns gemeinsam mit den anderen Fraktionen dazu entschlossen, eine pauschale Kürzung vorzunehmen und die Budgetverantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, weitere Einsparungen zu identifizieren. Damit soll gewährleistet werden, dass die notwendigen finanziellen Spielräume erhalten bleiben und nicht an falscher Stelle gekürzt wird. Herr Dr. Soltau, ich bitte Sie höflich um mehr Transparenz und darum, dass uns vor der nächsten Haushaltsverhandlung die Jahresabschlüsse bis mindestens einschließlich 2024 vorliegen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ich bin mir sicher: Wenn Sie es wollen, schaffen Sie das. Unsere Priorität als Fraktionen CDU/Neue Liste/SPD liegt klar auf der bestmöglichen Erfüllung der Pflichtaufgaben. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Schule, Kindergarten und Feuerwehr, aber auch eine funktionierende Verwaltung.

Diese Aufgaben sind essenziell für unser gemeinschaftliches Zusammenleben und dürfen nicht zugunsten freiwilliger Leistungen vernachlässigt werden. Um in diesen zentralen Bereichen gezielt Verbesserungen zu erreichen, halten wir es für notwendig, einzelne Maßnahmen noch einmal kritisch zu hinterfragen. So müssen Investitionen in die Härtenschule genau geprüft werden, um sicherzustellen, dass sie mit den anstehenden Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sinnvoll abgestimmt sind. Im Haushaltsentwurf sind beispielsweise 15.000 Euro für eine Schallschutzdecke mit LED-Beleuchtung in dem Bereich vorgesehen, in dem die Kinder essen. Für nahezu denselben Betrag könnte jedoch auch eine Interimslösung mit Containern geschaffen werden, die zusätzlich das Problem des fehlenden Platzes bis zur Erweiterung lösen würde. Bei den geplanten Anschaffungen für den Bauhof sehen wir keine Notwendigkeit, weitere Fahrzeuge zu beschaffen, solange unklar ist, wer diese überhaupt nutzen soll. Bevor der Fuhrpark erweitert wird, fordern wir daher ein umfassendes Fuhrparkkonzept. Ein Beispiel: Es wurde bereits ein Fahrzeug für 165.000 Euro angeschafft, für ein Fahrzeug, dass keine Redundanz hatte. Gleichzeitig wird nun die Anschaffung eines Kleintraktors vorgeschlagen, um etwaige Ausfälle des neuen Fahrzeugs zu kompensieren – ohne dass klar ist, wer dieses Gerät überhaupt fahren soll. Auch bei geplanten Baumaßnahmen, wie einem möglichen Neubau der Kindergruppe Kusterdingen e.V., muss zunächst eine detaillierte Bedarfsanalyse erfolgen. Es gilt zu prüfen, ob bestehende Räumlichkeiten der Gemeinde ausreichend genutzt werden oder eine interne Umstrukturierung Abhilfe schaffen kann, bevor zusätzliche Kosten durch eine Machbarkeitsstudie entstehen. Ein weiteres Beispiel ist die geplante Anschaffung eines Notstromaggregats für das Rathaus. Eine solche Investition in Höhe von 60.000 Euro macht nur Sinn, wenn sie in ein umfassendes Krisenkonzept für den Verwaltungsstab eingebettet ist. Deshalb fordern wir, vor der Beschaffung eine klare Einsatzplanung zu erarbeiten. Erst dann ist klar, welchen Anforderungen das Notstromaggregat entsprechen muss und in welche technischen Vorrichtungen es eingebettet werden sollte. Bis dahin können wir dieses Geld einsparen. Mit den eingeplanten 10.000 Euro für den Katastrophenschutzplan sollte am Ende ein sinnvolles Konzept entstehen können. Generell müssen wir darauf achten, ein gerechtes Verhältnis zwischen den Vereinen, Gruppen und ehrenamtlichen Engagements auf den Härten zu wahren. Wenn die Gemeinde nun damit beginnt, für bestimmte Veranstaltungen direkt oder indirekt Honorare zu übernehmen, wäre das ein falsches Signal an all jene, die sich unentgeltlich für Sport- oder Kulturangebote engagieren und auf die wir alle nicht verzichten können. Abschließend möchte ich betonen: Die Herausforderungen sind groß, aber wir haben die Aufgabe, einen Haushalt zu verabschieden, der verantwortungsvoll und zukunftsfähig ist. Lassen Sie uns gemeinsam den Fokus darauf legen, unsere Kernaufgaben bestmöglich zu

erfüllen und gleichzeitig kreative Wege zu finden, um auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen. Vielen Dank!“

GRin Witte-Borst hält die Haushaltsrede für die Härtenliste: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Soltau, liebe Gemeinderätinnen und -räte, liebe Mitarbeitende der Verwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger, „Nichts ist für immer auf dieser Welt, nicht einmal unsere Probleme.“ sagte Charlie Chaplin. Dieser Satz mahnt uns, dass auch Krisenzeiten vorübergehen. Doch ob und wie wir sie bewältigen, liegt in unserer Hand. Es ist unsere Aufgabe, die gegenwärtigen Herausforderungen aktiv anzugehen – mit Mut, Entschlossenheit und dem festen Willen, unsere Gemeinde zukunftsfähig zu gestalten. Bevor wir in die Analyse einsteigen, gilt unser besonderer Dank den Mitarbeitenden der Verwaltung. Die Aufstellung eines Haushaltsplans ist jedes Jahr eine große Herausforderung. Gerade in Zeiten wachsender wirtschaftlicher Unsicherheiten sind eine sorgfältige Planung und umsichtiges Handeln wichtiger denn je. Unser Dank gilt Frau Hahn und ihrem Team, die mit großem Engagement die Grundlagen für die kommenden Entscheidungen geschaffen haben. Ein Haushalt in unsicheren Zeiten: Können wir es uns erlauben, in unseren Haushaltsberatungen und unseren Betrachtungen zur Finanzsituation der Gemeinde Kusterdingen die Klimakatastrophe, den kriegerischen Überfall Putins auf die Ukraine oder die politischen Verwerfungen der letzten Zeit, die uns seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump im Tagestakt herausfordert, auszublenden? Wir sagen: NEIN. Diese globalen Krisen verdeutlichen, in welch ungewisser Zeit wir leben. Sie beeinflussen auch das Leben in unserer Gemeinde. Viele Menschen empfinden die aktuellen Entwicklungen als überwältigend, und alltägliche Probleme können zunehmend zu einer existenziellen Bedrohung werden. Orientierung und Sicherheit finden die Menschen vor allem in ihren Familien, in ihrer lokalen Umgebung, in ihrer Nachbarschaft, in Vereinen und Interessengruppen. Die Stärkung dieser Strukturen ist für uns die beste Vorsorge gegen Entfremdung und politischen Extremismus. Ausgaben und Neuverschuldung mit Verantwortung: Nach wichtigen Großinvestitionen in den vergangenen Jahren befinden wir uns nun wieder in einer Phase, in der die Ausgaben durch Steuermittel gedeckt werden müssen. Investitionen und Kreditaufnahme für Erneuerung und Werterhalt sind wichtig. Der vorgelegte Haushalt sieht aber auch eine Neuverschuldung zur Finanzierung laufender Kosten vor. Das gefährdet, angesichts der globalen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, wichtige Zukunftsinvestitionen! Insbesondere die Kernzeitbetreuung und die Schulerweiterung der Härtenschule sind hier zu nennen. Eine solide Haushaltsplanung bedeutet Verantwortung für kommende Generationen. Daher müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen, um die finanzielle Stabilität unserer Gemeinde zu sichern und den Handlungsspielraum für künftige

Verwaltungen und Gemeinderäte zu erhalten. Weiterhin nachhaltige Projekte voranbringen: Die Klimakrise wird auf globaler und nationaler Ebene oft nicht mit der notwendigen Dringlichkeit behandelt. Doch ihre Auswirkungen sind dramatisch, und auch in der Kommunalpolitik dürfen wir dieses existenzielle Thema nicht verdrängen. Kusterdingen hat in den vergangenen Jahren wichtige Weichen für eine nachhaltige Zukunft gestellt: Planungen für Windkraft, Photovoltaik, Fahrradstraßen und die kommunale Wärmeplanung sind u.E. Schritte in die richtige Richtung. Leider können wir vorerst nicht auf Einnahmen aus der Windkraft hoffen, da hier militärische Belange Vorrang haben. Dennoch müssen wir weiter an nachhaltigen Lösungen arbeiten. Hierbei sind insbesondere das Quartierskonzept, das Sanierungsmanagement und die Überlegungen zu Nahwärmesystemen essenziell. An dieser Stelle möchte ich der „Agendagruppe Klimaschutz Härten“ unseren Dank aussprechen, die mit kreativer, tatkräftiger und fachkundiger Unterstützung die Gemeinde in vielen Bereichen bei der Umsetzung unterstützt hat. Ein wichtiges Instrument, das noch auf seine Umsetzung wartet, ist der Nachhaltigkeits-Check. Dieses dialogorientierte Verfahren hilft, kommunale Vorhaben und ihre langfristigen Auswirkungen besser einzuschätzen. Wir fordern die Verwaltung auf, den N!-Check endlich einzuführen, um nachhaltige Entscheidungen zu unterstützen. Es bleibt also noch viel zu tun. Der neue Gemeinderat ist aufgerufen, dranzubleiben – auch weil das Land Baden-Württemberg eine klare Richtung hin zu einer Mobilitätswende und mehr Klimaschutz vorgibt. Es scheint so, als gäbe es keinen Weg an den Krisen vorbei – wir können nur gemeinsam durch sie hindurchgehen. Wichtig ist uns, Bürgerschaftliches Engagement zu stärken und Kultur zu fördern. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich der unschätzbare Wert einer engagierten Bürgerschaft. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kusterdingen ist eine besondere Stärke unserer Gemeinde. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich – im sozialen Bereich, im Umweltschutz oder in der Kultur. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Wenn wir in einem Jahr das neue Pflegeheim in der Langen Gasse beziehen, werden wir nicht nur qualifiziertes Pflegepersonal benötigen, sondern auch weiterhin die Unterstützung unserer engagierten Bürgerinnen und Bürger. Nur so kann das Pflegeheim zu einem echten Zuhause werden – so wie es das Gemeindepflegehaus derzeit ist. Sorgen ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe angesichts der grundlegenden zwischenmenschlichen Angewiesenheit aller Menschen. Die Angehörigen und Zugehörigen, die ihre Mitmenschen pflegen, leisten tagtäglich einen unschätzbaren gesellschaftlichen Beitrag der Sorgearbeit. Ihr oft jahrelanger Einsatz verdient nicht nur höchste Anerkennung, sondern auch konkrete Entlastung. Es ist eine Aufgabe der Gemeinde, sie durch die Gestaltung von Entlastungsstrukturen zu unterstützen. Wir sind davon überzeugt, dass die Crossiety-App ein hilfreiches Werkzeug für unsere Gemeinde ist.

Sie ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern – ob in Vereinen, Projekten oder anderen Initiativen –, sich besser zu vernetzen, zu kommunizieren, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam aktiv zu werden. Die Plattform stärkt lokale Strukturen, fördert das soziale Miteinander und ermöglicht auch Eigenverantwortung. Sie erleichtert Engagement und macht es sichtbar. Doch eine lebendige Gemeinde braucht mehr als funktionierende Strukturen – sie braucht Kultur. Kultur ist weit mehr als ein „schöner Zusatz“: Sie ist schöpferischer Ausdruck des Menschen, stiftet Identität und Sinn, schafft Begegnung, kann uns herausfordern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ob Musik- und Theatergruppen, Kunstinitiativen oder Stadtteilfeste – sie alle tragen zur Lebensqualität in unserer Gemeinde bei. In einer Zeit, in der die Welt durch multiple Krisen erschüttert wird, braucht es gezielte Maßnahmen zur Teilhabe der Menschen und um Vereinsamung oder Spaltungstendenzen entgegenzuwirken. Deshalb sollten wir alles daransetzen, bestehende kulturelle und soziale Angebote zu erhalten und weiterzuentwickeln – sei es durch die Unterstützung von Vereinen, die Bereitstellung von Räumen oder gezielte Fördermaßnahmen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kulturelle und soziale Angebote nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Diese Investitionen zahlen sich aus, denn eine lebenswerte Gemeinde bemisst sich nicht nur an finanziellen Kennzahlen, sondern vor allem am gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Lebensqualität ihrer Menschen. Unsere Anträge zur Förderung des Gemeindelebens: Um bürgerschaftliches Engagement und das Gemeindeleben zu stärken, beantragen wir 15.000 € Förderung für das Deutsche Rote Kreuz zur Ausstattung und Umrüstung des Krankentransportwagens (KTW) sowie 3.500 € für die Kulturförderung „Immenklang“. Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik sind die Grundpfeiler einer zukunftsfähigen Gemeinde. Lassen Sie uns diese gemeinsam gestalten. Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.“

GRin Hornung hält die Haushaltsrede für die FWV: „Verehrte Anwesende, wir wollten wenigstens mal was Neues zum Haushalt 2025 machen und haben uns deshalb an den Schluss gesetzt - auch, weil zum Haushalt 2025 im Prinzip all das gesagt werden könnte was zum Haushalt 2024 bereits letztes Jahr um diese Zeit gesagt wurde und was schon die Vorredenden gesagt haben. Fangen wir also an und bedanken uns für die Mühe der Erstellenden - allen voran sicher unsere Kämmerin Frau Hahn, der die Aufgabe der gewissenhaften Sortierung und Prognostizierung der Zahlen zufiel. Aber auch alle anderen Bereiche der Verwaltung haben durch ihre Zuarbeit einen Anteil an diesem Werk für die nächsten neun Monate geleistet. Ihnen allen sei deshalb bereits vorab gedankt - damit es bereits jetzt entsprechend wirken kann - weil es beim Rest was zum Haushalt in der Sache zu erwähnen ist, doch leider wieder eher betrüblich wird. Fangen wir deshalb mit einer eher

philosophischen Betrachtung an - wozu eigentlich diese Haushaltsreden? In Bund und Land sind es die Zeiten der Abrechnung von Opposition mit Regierung - das haben wir hier nicht. Weder in der Bezeichnung - noch haben wir auf kommunaler Ebene die Zeit für sowas. Wir müssen egal wie zusammenwirken, um das für die „Flecken“ notwendige tun zu können. Das geht nicht mit Sonntagsreden zur Weltrettung, sondern nur mit regional richtig gewichteten, gemeinsam getragenen Entscheidungen. Gerne wird auch gesagt, dass der Haushalt und damit die Rede dazu, das Königsrecht oder gegendert auch Königinnenrecht des Gemeinderats darstellt. Schön! Wenn aber dieses Recht, wie so oft, nur darin besteht, Streichungen vorzunehmen, zu denen sich Andere nicht trauen, also durch Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts, dann wird dieses Recht doch reichlich kompromittiert und doch nur der schwarze Peter weitergeschoben. Oder dient die Haushaltsrede gar dem abermaligen betonen der eigenen Standpunkte? Vielleicht. Aber dazu gab es vor den Wahlen im letzten Jahr genug Gelegenheit - jetzt langweilen wir die Wählenden nur - es ist die Zeit zum gemeinsamen Handeln gekommen, denn die Zeit drängt. Zeit ist auch schon das nächste Stichwort. Anstatt zu versuchen, uns stundenlang gegenseitig von den jeweiligen Positionen zu überzeugen, sollten wir einfach auch mal die Fakten anerkennen und das naheliegend Richtige tun. Was bedeutet das für den diesjährigen Haushalt? Nun, vor allem zu akzeptieren, dass wir bereits eine Verschuldung haben und eine weitere dazu bekommen. Dass wir, wenn sich nichts ändert, hier auch keine Trendwende einläuten können, da wir noch nicht mal an die Schuldenrückzahlung denken können oder diese in der Langzeitbetrachtung einkalkuliert haben. Früher war es üblich, hierzu Zahlen zu nennen. Da diese sich aber erfahrungsgemäß heuer sehr schnell ändern - also von Sitzung zu Sitzung - wollen wir um keine Verwirrung zu stiften, davon absehen und feststellen: es ist bereits zu viel an Minus! Gucken wir was das LRA dazu sagt? Im Interesse dessen, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, müssen wir mit ihrem Geld besser umgehen und da ist im Moment nur das Notwendigste und -leider- nicht das Wünschenswerte zu beschaffen. Das könnten wir eventuell tun, hätten wir vor über einem Jahrzehnt etwas mehr gelernt und angefangen, kontinuierlich etwas mehr zu sparen - im Sinne von: bei konkreten Bauprojekten ein- und anzusparen, d.h. Geld auf die Seite zu legen! Vorm Geld ausgeben steht auch immer das Einnehmen. Welche Einnahmen werden wir demnächst haben? Tja, schauen wir uns in der Republik und im Ländle um - so stehen die Zeichen für sprudelnde Einnahmen eher schlecht. Die Prognosen lauten auf schwaches Wachstum bzw. eher Stillstand. Bundes- und Landeshaushalt gehen zurück, Insolvenzen - gerade beim Mittelstand - grassieren und führen wegen sinkender Gewerbesteuer, neben noch unklarer Grundsteuer, zu einem Einnahmenminus bei den Kommunen. Wir werden sehen, ob die aktuell diskutierten Sondervermögen hier einen push

an die Wirtschaft geben können und dies mit einem Zeitversatz dann auch bei den Kommunen ankommt. Bis dahin nutzen wir unser „Königsrecht“ und setzen bei ein paar Dingen, die egal wie nötig, doch leider völlig illusorisch angesichts der aktuellen Leistungsfähigkeit unseres Haushaltes in der Umsetzung sind, den Rotstift an! Wir, also die Fraktion von CDU / Neue Liste / SPD haben mit den Freien Wählern versucht, diesen Auftrag bestmöglich zu erfüllen und haben die nachfolgend notierten Ersparnisse fixiert. Diese werden als Antrag zur Abstimmung gestellt (siehe verteilte Liste). Zu einigen Punkten folgende Anmerkungen vorweg:

| Position | Ansatz | Ersparnis | Begründung |
|---|---|---|---|
| John Deere, Rasentraktor | 65.000 € | 65.000 € | a) |
| Zusätzliches Kfz für Bauhofleiter | 35.000 € | 35.000 € | b) |
| Heizung in der Hülbe-KiTa | 70.000 € | 70.000 € | c) |
| Zuschuss DRK-Fzg | 17.000 € | 17.000 € | d) |
| Umlegung „südliche Waldsiedlung“ in 2026 | 183.600 € | 183.600 € | e) |
| Kindergruppe | 30.000 € | 30.000 € | f) |
| Sanierung Härtenschule / Planungsrate | 32.000 € | 32.000 € | g) |
| Ausgussbecken ALS für Gymnasium | 10.000 € | 10.000 € | |
| Überprüfen Nord/Ost-Fassade Klosterhof | 80.000 € | 70.000 € | |
| | | | |
| Rechnerische Bilanzverbesserung | | 512.600 € | |

a) das neue Multicar wurde beschafft u.a. mit dem Hinweis, hier weniger Ausfall zu haben. Die im selben Augenblick geplante Beschaffung eines weiteren redundanten Rasentraktors -für den augenscheinlich auch das Personal fehlt- erschließt sich nicht b) ein nur für den Bauhofleiter zu beschaffendes Kfz wird auch aufgrund der mittlerweile sehr bürolastigen Tätigkeit dieser Position für nicht notwendig erachtet. Eine für alle Seiten flexiblere Lösung über die Nutzung des eigenen Fahrzeugs für die einzelnen Außentermine wurde in der letzten Haushaltssitzung über die Abschreibung eröffnet. Diese nichtgenutzte Variante zeigt zudem, dass hier keine echte Not vorhanden ist. Was auch für das Jahr 2026ff Gültigkeit hat c) da keine weiteren stichhaltigen Begründungen, außer dem Alter der Heizung genannt werden, erscheint ein Zuwarten auch mit Blick auf die Auswahl einer nachhaltigeren Heizungsvariante derzeit noch vertretbar d) der richtige Betrachtungswinkel ist hier, dass das Vorhandensein dieser Geräte sicher in unser aller Interesse ist. Richtig ist aber auch, dass diese Kernaufgabe des DRK vorrangig von den Einnahmen des DRK bezahlt werden sollte. Diese Vorrangigkeit bekommt Risse, wenn das DRK sich Drohnen-Equipment für mehrere zehntausend Euro

leistet, bevor diese Kernaufgabe der Lebensrettung adäquat abgedeckt ist. Ein KTW (Krankentransportwagen) ist zudem eigentlich für den reinen Krankentransport von Patientenverlegungen gedacht und nicht für die Lebensrettung e) zumindest unsere, auf den Wirtschaftsdaten basierende subjektive „Weg-Zeit-Berechnung“ ergibt, dass wir beim derzeitigen Verkaufstempo die Erschließung neuer Baugebiete in den eventuell besser dastehenden Haushalt 2026 schieben können, zumal auch sicher keine schnelle Erholung des Bausektors droht. Und wenn doch, können wir die Gelegenheit nutzen und erstmal die schwer verkäuflichen Baugrundstücke veräußern f) diese Streichung beinhaltet keine Diskussion darüber, wie notwendig die Institution des Vereins der Kindergruppe für die Härtendörfer ist, sondern lediglich die reale Betrachtung, dass ein Neubau angesichts der Haushaltslage weder real existent noch irgendjemand vermittelbar ist. Zumal es aktuell mit der ehemaligen KiTa am Weinberg eine Ersatzimmobilie gäbe und damit die Entwicklung des Bedarfs an Krippenplätzen mit Blick auf die Auslastung der Krippe im Mozartkindergarten abgewartet werden kann g) bzgl. der Härtenschule sei es gestattet, den Blick doch einmal nach hinten zu richten und dann hat man sofort ein echtes „Déjà-vu“. Weil uns im Haushalt 2017/18 auch folgendes weisgemacht wurde: „es muss sofort eine radikale Sanierung stattfinden, sonst kann der Schulbetrieb kaum noch aufrechterhalten werden“. Bereits damals wurde - manche sagten kritisch – nachgefragt, welche Dinge denn am dringlichsten seien? Antwort gab es keine wirkliche. Als Reaktion erfolgte dann u.a. ein organisatorisch weitgehend kostenneutraler Schulbezirkswechsel und dann ging es sieben Jahre doch relativ sortiert weiter. Sicher ist die Bausubstanz in dieser Zeit nicht besser geworden - die Ansprüche an Klassen- und Klassenebenräume sind gestiegen - und das Lernen an sich ist anders geworden. Und doch muss auch heute die Frage erlaubt sein: können wir hier statt monumental auch mal modular Vorgehen und uns erstmal auf das Wesentlichste, hier die Mensa und Toiletten, fokussieren? Das kann gehen und bringt uns, neben einer Verbesserung nach und nach, auch von der Genehmigungsbehörde keine kritischen Nachfragen, wenn wir die alten Räume nicht plötzlich völlig ungenutzt lassen. Und eines sollten wir angesichts der Fakten des Haushalts schnell wieder vergessen: das Credo des bisher involvierten Architekten „wir müssen hier klotzen und nicht kleckern“. Nie war ein Zitat unangemessener! So, damit wäre unser Königsrecht einmal mehr genutzt - sicher auch unangenehm für diejenigen die es lesen und davon betroffen sind und sich dann fragen: „aber da und dafür hat man Geld gehabt?“ Hier können wir nur einmal mehr betonen, dass wir auch bei diesen angedeuteten und oft auch konkret benannten Fällen gerne gespart hätten, dies aber nicht gehört oder durch Faktenschaffung vor Ort unmöglich gemacht wurde und das Geld deshalb eben nicht mehr da ist. Der Haushalt 2025 erscheint, nicht nur, aber gerade auch für die neuen Gemeinderäte auch in diesem Jahr kaum geneh-

migungsfähig, weil er uns auch in Zukunft immer handlungsunfähiger macht und deshalb auch das letzte Mal so überzogen und korrekturbedürftig durch den Gemeinderat gehen sollte. Die Korrektur beinhaltet die Streichliste und möglicherweise auch eine pauschale Reduzierung in einzelnen Bereichen, auch wenn eine pauschale Kappung in einem derart komplexen Gebilde schwer machbar erscheint. Durch die beschlossenen Einsparungen verschaffen wir uns nicht nur sofort eine Entlastung im aktuellen Haushalt, sondern auch auf lange Sicht ein wenig Luft und sie sind der einzige Weg, in der Zukunft weiter handlungsfähig zu sein. Durch die geschmälerte Kreditaufnahme und damit geringere Zinsbelastung, sowie eine geringere Abschreibungsaufwendung in der Doppik, dann auch im HH2026 - weil es eben doch nicht nur Scheine sind, sondern viel mehr - ein echter Zukunftsinvest. In diesem Sinne - vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit."

GR Mayer ergänzt zu seiner Haushaltsrede, dass seine Schwiegermutter im Jahr 2007 nur noch einen Wunsch hatte, die Konfirmation der Enkelin im nächsten Jahr zu erleben. Verstorben ist sie erst im Jahr 2023. In ihrem Haus hat GR Mayer einen Bilderrahmen mit einem Spruch ihres Hausarztes gefunden. Dieser lautete: „Wir müssen mit allem rechnen, auch mit dem Guten." Diesen Spruch möchte er für die finanzielle Situation der Gemeinde übernehmen.

Nun erfolgen die Beschlüsse über die Anträge der Ortschaften.

GR Maier führt zu den halbanonymen Gräberfeldern aus, dass diese Gräberart in der neuen Friedhofsatzung eingeführt wurde. Bisher gibt es aber nur im Ort Kusterdingen ein halbanonymes Gräberfeld. Im Friedhof Immenhausen wurde in den letzten Jahren bereits viel mit den Ortschaftsmitteln umgesetzt. Wenn nun 7.000 € bewilligt werden, lässt sich auch in Immenhausen ein halbanonymes Gräberfeld umsetzen. GR Maier sagt, dass man auch beim Sterben mit der Zeit gehen muss. Knapp 50 % der Bestattungen erfolgen in Rasengräbern. Mit halbanonymen Gräbern geht man einen halben Schritt zurück.

GR Ferber ist irritiert. In der letzten Ortschaftsratssitzung in Mähringen war noch die Sprache von 30.000 € pro Ortschaft. Er hält die Maßnahme nicht für dringend, da die Nachfrage nach dieser Bestattungsform in Mähringen nicht vorhanden ist.

GR Maier entgegnet, dass der Bedarf nicht da ist, da man es nicht anbieten kann. Er ergänzt, dass die 30.000 € noch für zusätzliche Gemeinschaftsgräber waren.

GR Gassler spricht an, dass in Wankheim alle Rasenurnengräber belegt sind. Es würde jetzt Platz für das halbanonyme Gräberfeld geben, da Fichten, die in den 30er-Jahren gepflanzt wurden, abgestorben sind. Auch GR Gassler sagt, dass man mit der Zeit gehen muss, es gibt oft keine Angehörigen von Verstorbenen mehr vor Ort.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat einstimmig, dass für die Friedhöfe in Immenhausen, Jettenburg, Mähringen und Wankheim jeweils 7.000 € für die Schaffung halbanonymer Gräberfelder in den Haushalt aufgenommen werden.

Zum Parkplatz am TSV-Gelände Reinenberg in Mähringen sagt GR Ferber, dass man verpflichtet ist, etwas zu tun, da Schäden am Parkplatz vorliegen.

GR Maier spricht an, dass der Parkplatz auch vom Waldkindergarten genutzt wird, also nicht nur vom TSV Mähringen. Er hält die Maßnahme für eine Pflichtaufgabe.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat einstimmig, dass für die Sanierung des Parkplatzes am TSV-Gelände Reinenberg in Mähringen 20.000 € in den Haushalt aufgenommen werden.

Nun wird über die Anträge der Härtenliste gesprochen.

GRin Witte-Borst führt zum Krankentransportwagen für die Ortsgruppe des DRK aus, dass sie die 15.000 € dafür für gerechtfertigt hält. Es geht hier auch um bürgerschaftliches Engagement. Zuerst belief sich der Antrag der Ortsgruppe des DRK auf 75.000 €. Viel konnte über Eigenmittel erwirtschaftet werden.

GR Deichmann hat eine DRK-Vergangenheit und weiß die Arbeit des DRK daher zu schätzen. Es handelt sich hier um eine freiwillige Leistung. GR Deichmann hält es für schwierig, wenn man bei der aktuellen finanziellen Lage solche Aufgaben übernimmt.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es sich bei der gesamten Vereinsförderung um keine Pflichtaufgabe handelt. Man wäre jedoch arm dran, wann man sich diese nicht leisten würde. Beim DRK handelt es sich um einen bewährten Partner, wie sich auch in Zeiten von Corona mit dem Test- und Impfzentrum gezeigt hat.

GRin Hornung sagt, dass man den Antrag des DRK schon einmal abgelehnt hat. Das DRK ist ein großer Verein, der Krankentransportwagen müsste aus den Einnahmen des DRK bezahlt werden.

GR Mayer berichtet, dass das DRK in den letzten Wochen zweimal zu ihm ins Restaurant kommen musste, weil ein medizinischer Notfall vorlag. Er unterstützt den Antrag des DRK zu 100 %.

GR Ferber spricht an, dass das DRK bereits viel Eigenleistung aufgebracht hat. Er bezeichnet die 15.000 € als Anerkennung für das geleistete Ehrenamt und nicht als Bezahlung.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es um die DRK-Ortsgruppe Kusterdingen/Kirchentellinsfurt geht, nicht um Tübingen. Er ergänzt, dass die Außenstelle am Wasserturm fast komplett in Eigenleistung erstellt wurde.

GR Maier erkundigt sich, ob die Einsatzgelder des DRK auf freiwilliger Basis von der Gemeinde übernommen werden.

Der Vorsitzende bestätigt dies. Hier wurde ein Antrag aus dem Gemeinderat umgesetzt.

Herr Raster von der DRK-Ortsgruppe, welcher als Zuschauer anwesend ist, sagt, dass Kirchentellinsfurt die Einsatzgelder nicht bezahlt. Aber für den verunfallten Mannschaftstransportwagen hat Kirchentellinsfurt einen Zuschuss in Höhe von 15.000 € bezahlt. Herr Raster berichtet, dass während des Blitzeises im Winter zwei Verletzte in Kirchentellinsfurt abtransportiert werden konnten, während eine verletzte Person in Kusterdingen zwei Stunden warten musste, weil kein Fahrzeug vorhanden war. Herr Raster erläutert, dass sich die Ortsgruppe aus Spenden und über geleisteten Sanitätsdienst finanziert. Man muss sogar Geld an den Kreisverband abgeben.

GR Weber hält es für sehr wichtig, solches Ehrenamt zu unterstützen. Es handelt sich hier nicht um eine Investition, sondern um eine Anerkennung trotz klammer Haushaltslage.

GRin Ambros spricht an, dass mit überdurchschnittlichem Engagement ein Ersthelfernetz aufgebaut wurde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Ersthelferteam der DRK-Ortsgruppe Kusterdingen/Kirchentellinsfurt in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum feiert.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich, dass 15.000 € für die DRK-Ortsgruppe für Ausstattung und Umrüstung eines Krankentransportwagens (KTW) in den Haushalt aufgenommen werden.

Beim Antrag auf finanzielle Unterstützung des Immenklang e.V. erklärt sich GR Dr. Schall für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

GR Ferber führt zum Antrag aus, dass Fördergelder im kulturellen Bereich schnell ins Visier von Kürzungen geraten, obwohl hier mit meist wenig finanziellem Aufwand viel bewegt wird. Das jährlich in Immenhausen stattfindende Kunst- und Klassikfestival „Immenklang“ bezeichnet er als Kleinod, welches sich 2025 zum sechsten Mal jährt. Kalkuliert sind für das Festival 28.000 €. Ein großer Teil davon wird über von den Veranstaltern eingeworbenen Fördermitteln und Spenden der Besucher getragen.

GR Maier ergänzt, dass das Festival auch mit Ortschaftsmitteln aus Immenhausen und Mähringen unterstützt wird. Er hat Bauchschmerzen, wenn eine weitere Unterstützung durch die Gemeinde erfolgt. Inzwischen ist Immenklang eine Art Geschäftsmodell und nicht mehr nur ein Hobby. Immenklang sollte Eintrittsgelder erheben, um das Honorar für die teilnehmenden Künstler bezahlen zu können.

GR Deichmann sieht eine Unterstützung kritisch. Die Gemeinde sollte nur die Infrastruktur zur Verfügung stellen.

GR Dr. Göppert will die Verhältnisse aufzeigen. Im Haushalt gibt es Spielräume im 6-7 stelligen Bereich. Es handelt sich um einen Entscheidungsrahmen mit viel Ungewissheit. Er ist dafür, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und Immenklang mit der beantragten Summe zu unterstützen.

GR Ferber spricht die Verhältnismäßigkeit bei der Summe an. Man sollte die Leute nicht entmutigen, sie haben eine tolle Sache auf die Beine gestellt und haben bisher noch keine Unterstützung von der Gemeinde erhalten. Zudem spricht er die Komplementärsförderung durch das Land an. GR Ferber glaubt nicht, dass alle Beteiligte ein großes Honorar erhalten.

GR Deichmann meint, dass es auch etwas mit Gleichberechtigung zu tun hat. Für die Musikvereine wäre die Unterstützung von Immenklang ein falsches Signal, auch wenn es GR Deichmann toll findet, wenn gute Künstler in die Gemeinde kommen.

GR Dürr betont, dass der TSV auch kein Geld für das Honorar der Trainer erhält. In Relation zur Mitgliederzahl des TSV würde man wenige Personen mit 3.500 € unterstützen. Beim letztjährigen Jubiläum des Musikvereins Kusterdingen kamen auch gute Künstler, denen man ein Honorar ohne gemeindliche Unterstützung gezahlt hat. GR Dürr möchte nicht die Büchse der Pandora öffnen. Wer das Festival in Immenhausen sehen will, muss eben Eintritt bezahlen.

GRin Witte-Borst sagt, dass Kunst und Kultur allen Bürgern ermöglicht werden sollten, auch denen, die wenig Geld haben. Während Corona wurde die Kultur auch stiefmütterlich behandelt. GRin Witte-Borst berichtet, dass früher einmal ein Gemeinderat gesagt hat, dass man keine Bücherei braucht, da er selbst diese auch nicht braucht.

GRin Hornung führt aus, dass sie auch Eintritt bezahlen muss, wenn sie eine Oper sehen möchte. Der Veranstalter hat immer die Möglichkeit, einen Nachlass für Menschen mit geringem Einkommen anzubieten. Die Ortschaften Immenhausen und Mähringen unterstützen bereits finanziell, das muss reichen.

GR Mayer ist dafür, Immenklang zu unterstützen. Er selbst unterstützt es direkt. Zudem könnte Immenklang Spenden von Besuchern erbitten.

GR Ferber meint, dass das Festival nicht abgesagt wird, wenn die Gemeinde es nicht finanziell unterstützt. Er hebt aber hervor, dass Opern und Theater ebenfalls gefördert werden.

GR Maier betont, dass es nach dem Antrag nicht 3.500 € Unterstützung für Immenklang wären, sondern mit den Ortschaftsmitteln 4.750 €. Ihm stellt sich die Frage nach einem Zwischenweg. Er fragt nach, ob ein anderer Verein eine solche Unterstützung erfährt.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Jugendfarm eine große finanzielle Unterstützung erfährt.

GR Ferber merkt an, dass die 3.500 € Immenklang im Gesamtbudget fehlen.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich, den Antrag auf finanzielle Unterstützung des Immenklang e.V. in Höhe von 3.500 € abzulehnen.

GR Dr. Schall kehrt an den Sitzungstisch zurück.

Zur Waldrandpflege führt GR Dr. Schall aus, dass diese wie ausgeführt ökologisch quatsch ist. Die Büsche müssten auf Stock gesetzt werden, der Schnitt könnte dann als Hackschnitzel verkauft werden.

GR Maier betont, dass die Waldwege nicht nur dem Spazieren gehen dienen, sondern auch dem Holztransport. LKW müssen durch fahren können, da der Wald auch bewirtschaftet wird.

Herr Nill ergänzt, dass die Waldrandpflege nicht Aufgabe des Bauhofs ist, sondern des Forsts.

Der Vorsitzende sagt, dass der Weg am jüdischen Friedhof damals im Auftrag des Forsts vom Bauhof zurück geschnitten wurde. Es läuft aber nicht immer so wie hier. Der Vorsitzende sagt, dass ein ökologischer Waldrand viel Geld kostet.

Herr Nill weist darauf hin, dass die Gemeinde 20 km Waldrand hat. Er fragt sich, wer hier eine Waldrandpflege leisten soll.

GR Dürr erinnert daran, dass Waldrandpflege maschinell erfolgt, da Zeit Geld ist. Auf Stock setzen wäre Handarbeit. Dies könnten ehrenamtliche nach Rücksprache mit dem Forst machen. Es darf aber nicht über Steuergelder erfolgen.

GR Dr. Schall fragt nach, ob das Schnittmaterial am jüdischen Friedhof verwertet wurde.

Herr Nill antwortet, dass der Rindenholzanteil zu hoch war. Die Qualität ist dadurch zu schlecht für Hackschnitzel.

GR Maier lobt die Arbeit von Förster Warias. Die Gemeinde hat keinen kompakten Wald. Zwei Waldränder in Immenhausen wurden richtig gut gepflegt.

Zu den Heizungserneuerungen führt GRin Ambros aus, dass es Hauptziel ist, von fossilen Energieträgern weg zu kommen. Sie erkundigt sich, welche Heizungsart für den Hülbekindergarten geplant ist.

Frau Schoser erklärt, dass es zwei Alternativen gibt. Eine Wärmepumpe oder eine Wärmepumpen-Hybrid-Heizung. Die aktuelle Heizung ist 36 Jahre alt, wenn diese kaputt geht, könnte man sich keine Alternativen überlegen, sondern müsste gleich handeln. Frau Schoser ergänzt, dass es aktuell Fördergelder für einen Heizungstausch geben würde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Thema auf jeden Fall zur Entscheidung ins Gremium kommen wird. Es wird nicht einfach eine neue Heizung eingebaut.

GR Dr. Göppert spricht an, dass zuerst die Erneuerung von vier Heizungen angedacht war, jetzt sind nur zwei aufgeführt.

Frau Hahn erläutert, dass noch die Heizung im Kinderhaus Pusteblume sowie die in der Ölmühle angedacht war. Die Erneuerung der Heizung in der Ölmühle entfällt aber. Eine neue Heizung für das Gebäude in der Friedrich-List-Straße ist für nächstes Jahr geplant.

Frau Schoser sagt, dass es im Kinderhaus Pusteblume zwei Heizungsanlagen gibt. Eine ist älter, die andere neuer. Geplant ist aktuell nur die Abkopplung der alten Heizung.

Zur Bausubstanzanalyse am Klosterhof erläutert Frau Schoser, dass die Überprüfung bereits stattgefunden hat. Die 68.000 € sind für die Behebung der Schäden vorgesehen, es handelt sich um viele Kleinigkeiten.

Nun wird über die Anträge der FWV gesprochen.

Zur Heizung am Hülbekindergarten sagt GR Dr. Göppert, dass man hierüber nach Fertigstellung der kommunalen Wärmeplanung entscheiden könnte.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung nicht gleich eine neue Heizung bestellen würde, wenn die Position im Haushalt verbleibt. Die kommunale Wärmeplanung soll im Sommer fertig sein, so lange kann man abwarten. Auch der Antrag auf Fördergelder muss gestellt werden.

GR Dürr ist dafür, die Position zu streichen. Ein Ausfall wäre kein Problem, da man schnell eine neue Gasheizung einbauen könnte. Diese wäre auch nicht sehr schmutzig im Vergleich zu einer mit Braunkohle betriebenen Wärmepumpe. Eine Hybrid-Heizung hält er für mit Kanonen auf Spatzen geschossen, eine 0815-Heizung reicht aus.

GR Dr. Göppert meint, dass man es bereuen würde, wenn man eine Gasheizung einbauen würde. Der $CO_2$-Preis steigt. Die Maßnahme könnte aber geschoben werden.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, die 68.000 € für eine Heizungserneuerung im Hülbekindergarten aus dem Haushalt zu streichen.

Zum Gabelstapler führt GR Maier aus, dass dieser mit 2.600 Betriebsstunden fast ein Neugerät ist. Gabelstapler gehen nicht über das Alter, sondern die Betriebsstunden kaputt. Zudem hat man schnell ein Leihgerät, sollte der Gabelstapler kaputt gehen. GR Maier schlägt eine Prüfung des Gabelstaplers über den TÜV Süd und nicht den normalen Service vor. Auch die Feuerwehr hat einen Gabelstapler, den man zur Not ausleihen könnte. Man steht hier nicht unter Druck.

Herr Nill antwortet, dass ihm ein Kostenvoranschlag für Reparaturen am Gabelstapler für 13.000 € vorliegt. Zudem gibt es aktuell eine Förderung in Höhe von 50 %, wenn man von einem Gabelstapler mit Verbrennungsmotor auf einen mit Elektroantrieb umstellt. Der neue Gabelstapler würde dadurch nur noch 20.000 € kosten. Herr Nill ergänzt, dass der Gabelstapler auch auf dem Friedhof benutzt wird und daher auch auf der Straße bewegt wird.

GR Maier meint, dass man mit einem Elektro-Gabelstapler nicht bis zum Friedhof kommt.

Der Vorsitzende schlägt vor, nur einen neuen Gabelstapler zu beschaffen, wenn es dafür Fördermittel gibt.

GR Maier stimmt dem zu, wenn man dadurch tatsächlich einen Gabelstapler für 20.000 € bekommt.

GRin Hornung würde die Position trotzdem streichen.

Bei Reparaturkosten von 13.000 € ist die Sache für den Vorsitzenden eigentlich klar.

GR Wandel schlägt vor, einen Gabelstapler zu leasen.

Herr Nill rechnet wegen dem Einsatz im Bauhof mit einer Nachzahlung beim Leasing wegen kleinerer Schäden, die sich aber nicht vermeiden lassen.

Der Vorsitzende stellt daraufhin eine Einnahme von 20.000 € an Fördergeldern für einen neuen Gabelstapler in den Haushalt.

GR Mayer glaubt nicht, dass man für 20.000 € einen neuen Gabelstapler erhält.

Der Vorsitzende sagt, dass man kein Risiko trägt. Wenn es nicht passt, kann der TA den Erwerb eines Gabelstaplers immer noch ablehnen.

GR Weber erkundigt sich, ob der alte Gabelstapler verkauft werden soll.

Herr Nill antwortet, dass dies vorgesehen ist.

GR Dolch erkundig sich nach der Tragkraft des Gabelstaplers.

Herr Nill entgegnet, dass diese 3,5 Tonnen betragen sollte.

GR Dolch hat ein solches Exemplar für 25.000 € online gefunden.

GR Deichmann plädiert dafür, die Anschaffung der drei Fahrzeuge für den Bauhof zu verschieben, da man das Sparziel sonst nicht erreicht.

Der Vorsitzende erklärt, dass falls nötig die Kommunalaufsicht vorschreiben wird, wie viel und wo eingespart werden muss. Die Abschreibungen müssen aber nicht erwirtschaftet werden. Ein ausgeglichener Haushalt ist in diesem Jahr ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man keine Einrichtungen schließen möchte. Der Vorsitzende erinnert daran, dass es im letzten Jahr Auflagen der Kommunalaufsicht gab.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich, Ausgaben in Höhe von 40.000 € und Einnahmen in Höhe von 20.000 € für einen Gabelstapler für den Bauhof aus dem Haushalt zu streichen.

Zum John Deere Rasentraktor führt Herr Nill aus, dass der Bauhof ein neues Fahrzeug für den Winterdienst auf Gehwegen erhalten hat (Citymaster). Für eine Runde im Winterdienst hat das alte Multicar vier Stunden benötigt. Von 4 bis 10 Uhr. Für das neue Fahrzeug gibt es noch keine Erfahrungen, es ist aber davon auszugehen, dass man ähnlich lange benötigen wird. Die Bürger müssen Gehwege bis 7 Uhr geräumt haben, die Gemeinde schafft dies nicht. Man hat für die Räumung der Gehwege kein weiteres Fahrzeug. Der beantragte Rasentraktor könnte nicht nur in der Grünpflege, sondern auch für den Winterdienst auf Gehwegen eingesetzt werden.

GR Dolch sagt, dass die Aussage des Bauhofs war, dass es für die Fahrzeuge nicht ausreichend Personal gibt.

Dem widerspricht Herr Nill. Personal für die Nutzung der Fahrzeuge ist vorhanden.

GR Maier meint, dass man am neuen Citymaster auch einen Frontmäher anbauen kann. Dieses Fahrzeug ist besser dafür geeignet, als der beantragte John Deere, der einen Zwischenachsmäher hat. GR Maier fragt sich, warum man letztes Jahr nicht gleich zwei Traktoren anstatt dem Citymaster beantragt hat. Das Multicar ist zwar umständlich, aber immer noch am Bauhof. GR Maier möchte den John Deere dieses Jahr nicht beschaffen, aber das Multicar auch noch nicht verkaufen. Dafür sollte man lieber ein Mähwerk für den Citymaster beschaffen.

GR Dürr hatte schon ein Problem mit der Beschaffung des Citymaster. Jetzt heißt es, dass man eine Redundanz für den Traktor braucht.

GR Dr. Göppert fragt nach, ob man mit dem neuen Fahrzeug externe Aufgaben eingespart hat.

Herr Nill antwortet, dass nur alte gegen neue Fahrzeuge eingetauscht wurden.

Der Vorsitzende sagt, dass der Bauhof den Winterdienst aktuell nicht rechtzeig gemäß Satzung durchführen kann. Man könnte den Winterdienst auch outsourcen.

GR Dr. Göppert beruft sich auf Entscheidungsspielräume. Er möchte nicht für die wenigen Tage an denen Schnee fällt, Investitionen tätigen.

GR Schreiner schlägt vor, das neue Fahrzeug im kommenden Winter zu testen und danach zu überlegen, wie man weiter macht.

Herr Nill berichtet, dass es geplant war, das Multicar zu verkaufen. In den letzten drei Jahren sind Reparaturkosten in Höhe von 36.000 € angefallen.

GR Ferber erkundigt sich, ob man den Winterdienst in den letzten 10 Jahren tatsächlich nicht ordentlich durchgeführt hat.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, die 56.000 € für einen John Deere Rasentraktor für den Bauhof aus dem Haushalt zu streichen.

Zum Fahrzeug für den Bauhofleiter führt GR Dürr aus, dass dieses schon einmal aus dem Haushalt gestrichen wurde. Er schlägt vor, alternativ die Entschädigung pro mit dem Privatfahrzeug gefahrenen Kilometer zu erhöhen.

Für den Vorsitzenden stellt sich die Frage, ob die anderen Mitarbeiter diese Erhöhung dann ebenfalls wollen.

Herr Nill möchte nicht mit seinem Privatfahrzeug auf Feldwegen fahren. Er fragt sich, ob ihm beispielsweise ein Reifen ersetzt wird, falls dieser kaputt gehen sollte. Bei einem anderen Mitarbeiter wurde ein solcher Schaden nicht ersetzt.

GR Dr. Göppert hält hier eine kulante Lösung für möglich.

GR Deichmann spricht an, dass man im Bauhof ein Fahrzeugkonzept braucht. Er meint, dass es Spielräume beim Fuhrpark für Termine gibt. GR Deichmann merkt an, dass Ehrenamtliche auch manchmal für die Gemeinde fahren.

GR Dr. Göppert merkt an, dass es in der Gemeinde auch Car-Sharing gibt.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, die 35.000 € für ein Fahrzeug für den Bauhofleiter aus dem Haushalt zu streichen.

Zum Baugebiet „Südlich der Waldsiedlung“ führt der Vorsitzende aus, dass man nur noch sechs Bauplätze in der Gemeinde hat. Im Verwaltungsausschuss wird über die Vergabe von

vier Bauplätzen dieser sechs beraten. Es könnte also sein, dass die Gemeinde im Herbst nur noch zwei Bauplätze hat. Der Vorsitzende meint, dass es sich bei diesem Antrag nicht um einen Sparvorschlag handelt, da man keine Bauplätze verkaufen kann, wenn man keine Baugebiete erschließt.

GR Dürr merkt an, dass man kürzlich sechs Bauplätze auf dem freien Markt veräußert hat, da die Bauplatznachfrage aus der Gemeinde sehr gering ist. Es kam auch schon vor, dass Bauplatzkäufer ihren Bauplatz wieder an die Gemeinde zurückverkauft haben.

Der Vorsitzende erläutert, dass in Jettenburg noch ein Bauplatz frei wird, wenn der aktuell dort angebotene bebaut wurde. In Mähringen gibt es noch eine Reservefläche, die unerschlossen ist. Man hat hier einen Rechtsstreit gewonnen, der die Gemeinde einen Bauplatz behalten lässt.

GR Dürr spricht noch eine Lösung wie im Gebiet „Löhlen-Süd“ an.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, die Gesamtmittel in Höhe von 573.200 € für die Maßnahme „Baugebiet Südlich der Waldsiedlung“ aus dem Haushalt zu streichen.

Zum Umbau der Dorfmitte Kusterdingen führt GR Dürr aus, dass es sich hierbei um Kür und keine Pflicht handelt. Man kann sich die Maßnahme in diesem Jahr nicht leisten.

GRin Ambros hält den Bogen für überspannt. Das Projekt „Ortsmitte“ hat eine Historie. Der Neubau des Feuerwehrhauses wurde anstatt des Umbaus der Ortsmitte vorgezogen. GRin Ambros fragt sich, ob ein Wort nicht mehr ein Wort wäre. Nun steht das Projekt „Ortsmitte“ auf einer Streichliste, der man nicht mal ansieht, von welchen Fraktionen sie stammt. Die Liste wurde zu Beginn der Sitzung verteilt, die anderen Fraktionen konnten sich darauf nicht vorbereiten. GRin Ambros erklärt weiter, dass man für das Projekt Fördermittel aus dem LSP erhalten wird. Der Fördergeldgeber legt hier großen Wert auf ein städtebauliches Projekt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich für das Projekt engagiert. GRin Ambros ist traurig und enttäuscht.

Der Vorsitzende hält es für nicht logisch, das Projekt jetzt zu streichen. Zweimal wurde es im Gemeinderat befürwortet, zudem erhält man Fördergelder. Das Projekt wird Ausgaben in den Haushalten 2025 (150.000 €) und 2026 (115.000 €) verursachen. Zudem gibt es die Einnahme von Fördergeldern 2026 (135.000 €).

Der Antrag der FWV wird daraufhin zurückgezogen.

Zur Machbarkeitsstudie für den Neubau für die Kindergruppe führt der Vorsitzende aus, dass es im Gebäude regelmäßig zu Hochwasserproblemen kommt. Eine Planerin wurde beauftragt. Es soll auch überprüft werden, ob der Kindergarten Weinberg oder das Gemeindepflegehaus als Quartier für die Kindergruppe geeignet wären. Wenn man einen Neubau wünscht, braucht man dafür Planungsmittel.

GRin Hornung stellt sich die Frage nach dem Bedarf. Sie möchte nur, was nötig ist und nicht, was machbar ist. Daher ist sie gegen eine Machbarkeitsstudie.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Position im Haushalt umzubenennen von „Machbarkeitsstudie Neubau Kindergruppe“ in „Planung alternativer Möglichkeiten für die Kindergruppe“.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Zum Notstromaggregat für das Rathaus erläutert Feuerwehrkommandant Ott, welcher im Zuschauerbereich sitzt, dass man dieses bei der Feuerwehr verorten könnte. Auch die Betreuung des Geräts könnte die Feuerwehr übernehmen und dieses auch verwenden, wenn es bei Einsätzen benötigt wird. Das aktuell bei der Feuerwehr vorhandene Gerät darf aus Sicherheitsgründen nicht mehr für Gebäudeeinspeisungen verwendet werden. Das Gerät ist aus dem Jahr 1978.

GRin Hornung meint, dass die Feuerwehr das Gerät aber im Freien verwenden könnte.

Herr Ott entgegnet, dass das Gerät schon lange nicht mehr verwendet wurde.

GRin Hornung sagt, dass das Gerät dann auch nicht benötigt wird.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Notstromaggregat auch geeignet wäre, das Rathaus am Laufen zu halten, falls ein größerer Stromausfall eintreten sollte.

GR Maier betont, dass man hier nicht unter Zeitdruck steht. Man braucht zuerst einen Katastrophenplan. Er meint auch, dass das Rathaus bei einem eintägigen Stromausfall nicht unbedingt im Betrieb sein muss. Wenn der Strom für beispielsweise fünf Tage ausfallen sollte, wäre auch ein Großteil der Rathausbelegschaft nicht vor Ort.

Herr Ott erläutert, dass es bereits einen Krisenplan des Landkreises gibt. Einen Handlungsleitfaden aus dem Jahr 2023. Manche Gemeinden gehen aber über diesen Handlungsleitfaden hinaus.

GR Maier möchte vor dem Kauf eines Notstromaggregats zuerst die Rahmenbedingungen geklärt haben. Er erinnert daran, dass auch mit diesem Notstromaggregat das Alte Rathaus bei einem Stromausfall weiterhin ohne Strom wäre.

Herr Nill schlägt vor, im Bauhof eine Tankstelle einzurichten, dann wäre man im Notfall auch mit Treibstoff versorgt.

GR Wandel sagt, dass man zuerst im Rathaus für eine Einspeisemöglichkeit sorgen müsste.

Frau Schoser entgegnet, dass bereits eine Einspeisemöglichkeit vorhanden ist.

GRin Hornung fragt nach, ob es auch am Alten Rathaus eine Einspeisemöglichkeit gibt.

Frau Schoser antwortet, dass dies nicht der Fall ist.

GR Dürr weist darauf hin, dass der Handlungsleitfaden des Landkreises unverbindlich ist.

GRin Ambros spricht an, dass die Verwaltung das Notstromaggregat als wichtig einschätzt.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, die 60.000 € für ein Notstromaggregat im Rathaus aus dem Haushalt zu streichen.

Zur Kanalerweiterung an der Härtenschule führt der Vorsitzende aus, dass die Gesamtmaßnahme noch teurer wird. Auch im Haushalt 2026 müssten Mittel eingeplant werden. Die Wasserleitung läuft aktuell über eine Privatgrundstück. Der Eigentümer könnte die Nutzung seines Grundstücks plötzlich untersagen.

Frau Schoser ergänzt, dass es nicht nur um den Kanal, sondern auch um die Versorgung mit Löschwasser geht. Man betrachtet die Maßnahme im Hinblick auf die Erweiterung der Härtenschule. Es wäre möglich, 1/3 der Gesamtkosten in diesem Jahr und die restlichen 2/3 der Gesamtkosten im Haushalt 2026 zu veranschlagen.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich, dass von den aktuell in den Haushalt eingestellten 641.000 € 200.000 € im Haushalt 2025 verbleiben sollen, 441.000 € sollen in den Haushaltsentwurf 2026 aufgenommen werden. Bei der dazugehörigen Position „Wasserleitung“ sollen von 280.000 €, 95.000 € im Haushalt 2025 verbleiben, 185.000 € sollen in den Haushaltsentwurf 2026 aufgenommen werden.

Zum Ausgussbecken an der Astrid-Lindgren-Schule erläutert der Vorsitzende, dass diese Maßnahme damit zusammenhängt, dass die Astrid-Lindgren-Schule dreizügig geworden ist. Der Kunstraum wurde zum Klassenzimmer und der Computerraum wurde zum Kunstraum. Im Computerraum gibt es kein Waschbecken.

Frau Schoser erläutert, dass es nicht nur um ein Waschbecken geht, sondern auch um die nötigen Leitungen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man mit dieser Maßnahme einen Container einspart.

Der Antrag der FWV wird daraufhin zurückgezogen.

GR Dr. Göppert stellt anschließend einen gemeinsamen Antrag der Freien Wähler, CDU/Neue Liste/SPD und der Härtenliste vor. Er führt aus, dass beantragt wird, eine pauschale Minderausgabe der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 % bzw. 325.000 € zu beschließen. Die Kürzungen sollen vorwiegend in den Teilhaushalten 1, 2 und 4 erfolgen und verstehen sich zusätzlich zu den separat beschlossenen Einzelmaßnahmen. Die Verwaltung soll den Gemeinderat innerhalb von vier Wochen über die vorgesehenen Änderungen pro Produktgruppe informieren. Über die Umsetzung der Einsparvorschläge möchte der Gemeinderat gesondert beschließen. GR Dr. Göppert begründet den Antrag damit, dass das kommunale Haushaltsrecht einen Haushaltsausgleich im Gesamtergebnis vorsieht. Diesem Zielt fühlt sich der Gemeinderat verpflichtet. Der Haushaltsentwurf weist aber einen Verlust in Höhe von 3,3 Mio. € auf. Die Sach- und Dienstleistungen zeigen eine besonders hohe Steigerung von 54 %. In den Teilhaushalten 3 (Schulen) und 5 (Bauen und Umwelt) sind die Erhöhungen nachvollziehbar, anders in den Teilhaushalten 1 (Innere Verwaltung), 2 (Sicherheit und Ordnung) und 4 (Sport, Kultur und Soziales). Hier werden Erhöhungen in Summe von 1,32 Mio. € angesetzt. Ein Anteil von 543.000 € ist für den Gemeinderat nicht nachvollziehbar. Der Antrag von Gemeinderäten auf Einsicht in Buchungsdetails wurde von der Verwaltung mit Verweis auf den Datenschutz abgelehnt.

Der Vorsitzende entgegnet hierauf, dass man sich die Mühe machen sollte, Details anzuschauen. Dies wäre fairer gegenüber der Verwaltung.

GR Dr. Göppert besteht weiter auf einer pauschalen Minderausgabe.

Der Vorsitzende hält hiervon gar nichts und ergänzt, dass man wenigstens eine Summe und keinen Prozentsatz beschließen sollte. Die Verwaltung könnte dann Sparvorschläge zur Verfügung stellen.

GR Dr. Göppert sagt, dass man für den Haushaltsbeschluss die Summe von 325.000 € abziehen kann, um sie dann anschließend aufzuteilen.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat mehrheitlich gemäß dem Antrag von GR Dr. Göppert:

1. Der Gemeinderat beschließt eine pauschale Minderausgabe der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 325.000 €. Die Kürzungen sollen vorwiegend in den Teilhaushalten 1, 2 und 4 erfolgen und verstehen sich zusätzlich zu den separat beschlossenen Einzelmaßnehmen.
2. Die Gemeindeverwaltung informiert den Gemeinderat innerhalb von 4 Wochen per E-Mail über die vorgesehenen Änderungen in Form einer Liste der Beträge pro Produktgruppe. Außerdem stellt die Gemeindeverwaltung den überarbeiteten Haushalt einschließlich aller Produktgruppen in PDF-Format zum Download zur Verfügung.
3. Über die Umsetzung der Einsparvorschläge entscheidet der Gemeinderat gesondert.

GRin Hornung fragt nach, warum die Dorf-App wieder in den Haushalt aufgenommen wurde. Die Maßnahme wurde vom Gemeinderat abgelehnt.

Der Vorsitzende entgegnet, dass er die Maßnahme als Verwaltungschef wieder in den Haushalt aufgenommen hat.

GRin Hornung stellt daraufhin den Antrag, die für die Dorf-App in den Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 8.000 € zu streichen.

GR Dürr meint, dass die Dorf-App schön und gut ist, betont jedoch, dass die Bürger, welche sie haben möchten, eben dafür bezahlen sollten und nicht die Allgemeinheit. Er bezeichnet die Dorf-App als „schöner wohnen 2.0“.

GRin Witte-Borst findet es bedauerlich, dass man hier nicht nach Kirchentellinsfurt schaut. Die Dorf-App ist eine Dienstleistung für die Bürgerschaft, um sich zu vernetzen. Diese Möglichkeit muss allen Bürgern zugute kommen. GRin Witte-Borst sagt, dass die Dorf-App sehr unterschiedlich zu Facebook ist. Sie hält die Dorf-App für eine Infrastrukturmaßnahme und weist darauf hin, dass der Beschluss zur Einführung einer Dorf-App in Kirchentellinsfurt einstimmig gefasst wurde.

GR Dürr betont, dass die Dorf-App nicht zulasten der Verwaltung gehen darf, diese müsste die App administrieren. GR Dürr sagt, dass viele Kommunen eine eingeführte Dorf-App wieder abgeschafft haben. Er fragt sich auch, warum sich die Kosten für die Dorf-App nach Einwohnern und nicht nach Nutzern berechnen.

GR Maier steht grundsätzlich hinter einer Dorf-App. In Österreich sind solche Apps weit verbreitet, allerdings auch für amtliche Nachrichten zugelassen. Er möchte eine Dorf-App lieber breiter aufstellen und regt an, in Österreich nachzufragen, wie dort mit den Dorf-Apps umgegangen wird. GR Maier möchte sich auch nicht automatisch für die Crossiety-App entscheiden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Agendagruppe in Österreich nachfragen könnte, falls die Haushaltsmittel im Haushalt bleiben sollten.

GR Dürr spricht an, dass die Bürgerinformationen künftig über das Ratsinfosystem erfolgen. Er gibt auch zu bedenken, dass nicht alle Bürger digital unterwegs sind.

GRin Witte-Borst sagt, dass man die Agendagruppe fragen könnte, ob diese mehr Informationen über die Nutzung von Dorf-Apps in Österreich in Erfahrung bringen kann. Die Gemeinde Neckartailfingen könnte die Dorf-App auch im Gemeinderat vorstellen.

GR Dolch kritisiert, dass man jedes Thema 30 mal diskutiert. Man sollte auch einmal den Knopf dran bringen.

GR Dr. Göppert geht es um die gemeinsame Plattform für die Bürger. Es sollte nicht jeder sein eigenes Süppchen kochen müssen.

Der Vorsitzende nimmt keinen Prüfauftrag für die Verwaltung mit. Man könnte nur die Agendagruppe fragen, ob diese mehr Informationen liefern kann.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich, die 8.000 € für eine Dorf-App aus dem Haushalt zu streichen.

Nachfolgend teilt der Vorsitzende mit, dass die eigentlich im Anschluss an diese Sitzung geplante Sitzung des Verwaltungsausschusses aufgrund der späten Stunde verlegt werden muss. Er schlägt kommenden Mittwoch vor oder nach der Sitzung des Gemeinderats vor.

Man einigt sich darauf, dass die Sitzung des Verwaltungsausschusses vor der Sitzung des Gemeinderats am kommenden Mittwoch stattfinden soll. Sitzungsbeginn ist 18:30 Uhr.

Abschließend

beschließt

der Gemeinderat bei einer Enthaltung und sonstiger Zustimmung wie folgt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025:

**HAUSHALTSSATZUNG**
**DER GEMEINDE KUSTERDINGEN**
**FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2025**

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 19.03.2025 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen:

**§1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

| **1.** | **Im Ergebnishaushalt mit folgenden Beträgen** | **EUR** |
|---|---|---|
| 1.1 | Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von | 33.816.612 |
| 1.2 | Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von | 36.518.941 |
| **1.3** | **Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von** | **-2.702.329** |
| 1.4 | Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von | 0 |
| 1.5 | Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von | 0 |

| | | |
|---|---|---|
| 1.6 | Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von | 0 |
| **1.7** | **Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von** | **-2.702.329** |
| | | |
| **2.** | **Im Finanzhaushalt mit folgenden Beträgen** | **EUR** |
| 2.1 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 33.057.102 |
| 2.2 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 34.100.331 |
| **2.3** | **Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von** | **-1.043.229** |
| 2.4 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von | 1.470.250 |
| 2.5 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von | 6.531.900 |
| **2.6** | **Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von** | **-5.061.650** |
| **2.7** | **Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von** | **-6.104.879** |
| 2.8 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 5.000.000 |
| 2.9 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 100.000 |
| 2.10 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von | 4.900.000 |
| 2.11 | Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von | -1.204.879 |

## § 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

5.000.000 €

## § 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen für die künftigen Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

395.000 €

## § 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

4.000.000 €

## § 5 Steuersätze

Die Hebesätze für Grundsteuer A und Grundsteuer B, sowie der Hebesatz für die Gewerbesteuer sind in einer gesonderten Hebesatzsatzung festgelegt.
Diese Betragen

1. für die Grundsteuer
   a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 330 v.H.
   b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 180 v.H.

der Steuermessbeträge

2. für die Gewerbesteuer auf 420 v.H.

der Steuermessbeträge

Abschließend erläutert Frau Hahn den Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung Kusterdingen.

Der Gemeinderat

beschließt

Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung Kusterdingen daraufhin einstimmig wie folgt:

**Wirtschaftsplan**
**für die Wasserversorgung Kusterdingen im Haushaltsjahr 2025**

Auf Grund von § 14 des Gesetzes über die Eigenbetriebe der Gemeinden in Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 19.03.2025 folgenden Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen:

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

| 1. | Im Erfolgsplan mit folgenden Beträgen | EUR |
|---|---|---|
| 1.1 | Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von | 1.050.000 |
| 1.2 | Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von | 1.073.200 |
| 1.3 | Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von | -23.200 |
| | | |
| 2. | Im Liquiditätsplan mit folgenden Beträgen | EUR |
| 2.1 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von | 1.010.000 |
| 2.2 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von | 787.200 |
| 2.3 | Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von | 222.800 |
| 2.4 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von | 0 |
| 2.5 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von | 220.000 |
| 2.6 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von | -220.000 |
| 2.7 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von | 2.800 |
| 2.8 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 0 |
| 2.9 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 101.000 |
| 2.10 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von | -101.000 |
| 2.11 | Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von | -98.200 |

2. **Kreditaufnahmen**

der Gesamtbetrag der im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen beträgt

0 €

3. **Verpflichtungsermächtigunge**n

Der Gesamtbetrag der im Vermögensplan vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen beträgt

0 €

4. **Kassenkredite**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

500.000 €